
Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Nach dem "Sputnik"-Verbot 1988 erhoben sich viele kritische Stimmen, auch aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF), die für die Vermittlung der russischen Kultur und Gesellschaft zuständigen Massenorganisation in der DDR. Die Eingaben ihrer Mitglieder wurden von der Stasi gesammelt und inhaltlich ausgewertet.

Die sowjetische Monatszeitschrift "Sputnik" existierte seit 1967 in der UdSSR und erschien in mehreren Sprachen. Sie sollte das Erscheinungsbild des Landes in sozialistischen Staaten und in westlichen Ländern verbessern und verzichtete deswegen weitgehend auf sozialistische Rhetorik. Mit Beginn von Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion informierte "Sputnik" in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auch über die Reformpolitik Gorbatschows und griff frühere Tabuthemen auf, wie die Verbrechen des Stalinismus. In der DDR eröffnete die Zeitschrift ihrer Leserschaft damit eine willkommene Abwechslung in der Medienlandschaft.

Von der SED-Führung wurde sie hingegen zunehmend kritisch betrachtet. Als die November-Ausgabe von 1988 den in der DDR-Geschichtsschreibung geleugneten Hitler-Stalin-Pakt thematisierte sowie die Stalin-hörige KPD der 20er Jahre kritisierte, untersagten SED-Funktionäre am 18. November 1988 den weiteren Vertrieb der Zeitschrift in der DDR. Das Heft wurde eingezogen und eingestampft - mit der Begründung, die Zeitschrift enthalte "keinen Beitrag, der der Festigung der deutsch-sowjetischen Freundschaft dient, statt dessen verzerrende Beiträge zur Geschichte".

Die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF) war eine Massenorganisation, die den DDR-Bürgerinnen und -Bürgern unter anderem die russische Kultur näherbringen sollte. Mitglieder des DSF verfassten nach der Streichung des "Sputniks" von der Postzeitungsliste Eingaben an den DSF-Vorstand und -Präsidenten. Sie kritisierten das Fehlen einer offiziellen Stellungnahme in der Presse und bezeichneten das Verbot als "Willkürakt" und "Entmündigung der DDR-Bürger".

Signatur: BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, Bl. 63-66

Metadaten

Diensteinheit: Hauptabteilung XX/1 Urheber: MfS
Datum: 16.12.1988 Rechte: BStU

Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

Hauptabteilung XX/1

I BArch *XX/UK/15034/88* *10163/88*
2 Berlin, 16. 12. 1988

mm

BStU
000063

I n f o r m a t i o n
über Reaktionen von DSF-Gruppen und Einzelpersonen zur Streichung
des "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR

Durch zuverlässige und überprüfte inoffizielle Kräfte und offizielle Partner des Zusammenwirkens wurde bekannt, daß sich im Zusammenhang mit der Streichung des sowjetischen Magazins "Sputnik" von der Postzeitungsliste der DDR eine Reihe von Einzelpersonen und DSF-Gruppen sowohl in mündlicher als auch in schriftlicher Form (Eingaben) sowohl an den Zentralvorstand der DSF als auch an den Präsidenten der Gesellschaft für DSF und Mitglied des Politbüros, Genossen Erich Mückenberger gewandt haben, um Gründe für die Streichung des "Sputnik" zu erfahren.

Im Zeitraum vom 23. 11. - 02. 12. 1988 sind beim ZV der DSF insgesamt 322 Eingaben registriert worden, von denen 83 direkt an den Präsidenten der Gesellschaft für DSF adressiert waren.

Eine Aufschlüsselung der Absender nach Bezirken ergibt folgendes Bild:

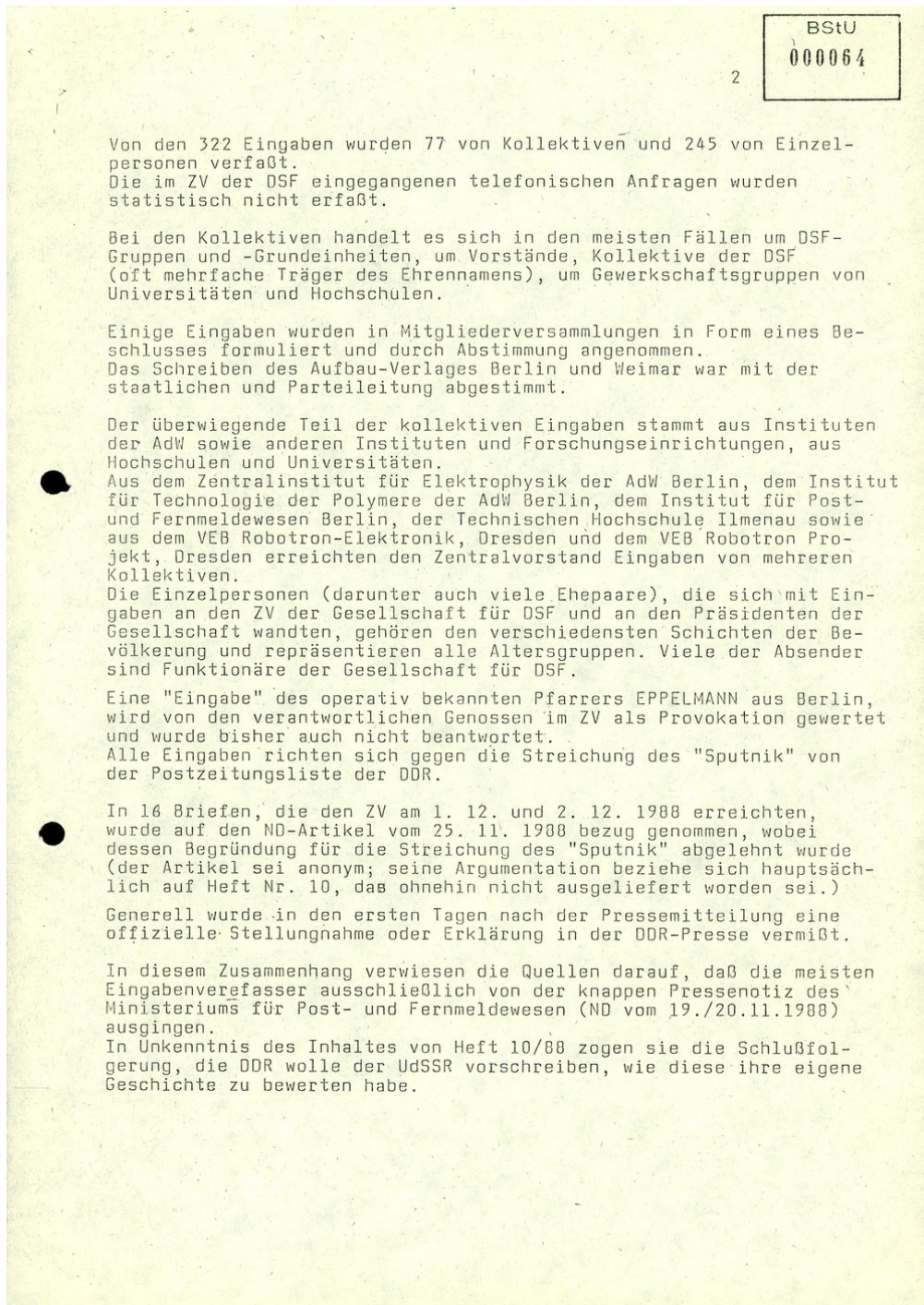
Berlin	99
Dresden	86
Leipzig	32
Erfurt	21
Karl-Marx-Stadt	13
Potsdam	13
Halle	12
Suhl	9
Magdeburg	8
Gera	8
Cottbus	6
Frankfurt/Oder	5
Rostock	4
Schwerin	4
Neubrandenburg	2

Darüber hinaus erklärten 22 DSF-Mitglieder ihren Austritt aus der Gesellschaft. Die Namen lagen den Quellen nicht vor.

Signatur: BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, BL 63-66

Blatt 63

Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)



Signatur: BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, BL 63-66

Blatt 64

Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)

BStU 3 000065

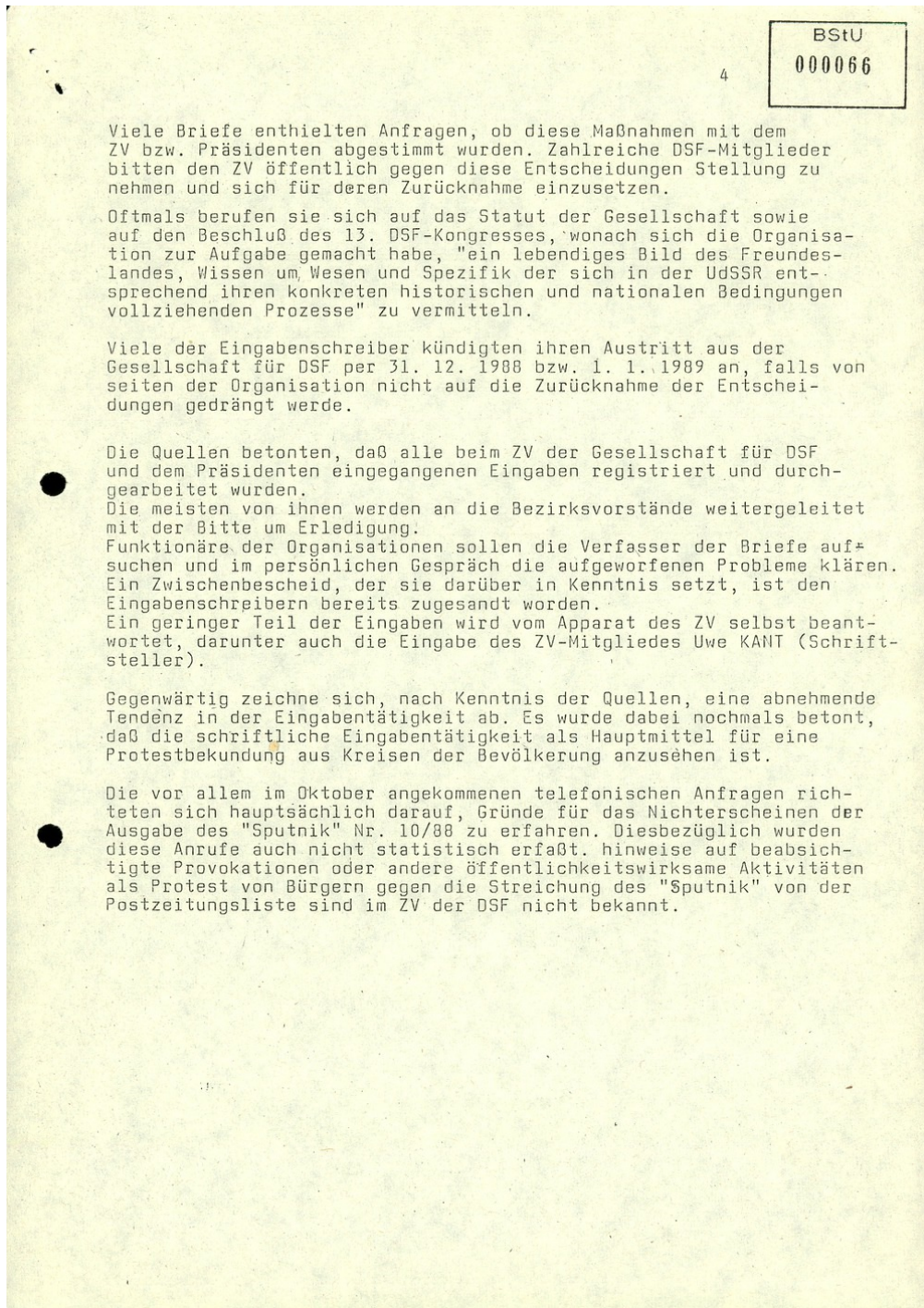
Hauptsächliche inhaltliche Aussagen der Eingaben

- Es überwiegen "Betroffenheit" und "Unverständnis" über diese Maßnahme.
Der "Sputnik" sei für viele DSF-Gruppen und Kollektive ein wichtiges Arbeitsmaterial gewesen; ein Teil der Kollektive habe das Abonnement für diese Zeitschrift als Auszeichnung für gute DSF-Arbeit erhalten; die Beiträge über die Umgestaltungsprozesse in der UdSSR seien mit Interesse aufgenommen worden und hätten Informationslücken gefüllt, die in DDR-Medien vorhanden seien; vor allem DSF-Funktionäre würden durch langes Schweigen der DDR-Medien notwendige Argumente für die Unterstützung dieser Entscheidung fehlen.
- Die Widersprüchlichkeit vieler Beiträge des "Sputnik" wird von zahlreichen Eingabenschreibern anerkannt. Sie verweisen dabei allerdings auf den Digest-Charakter der Zeitschrift (der "Sputnik" bringe Artikel aus verschiedenen Presseorganen, deren Auffassungen zu bestimmten Problemen im Rahmen von "Glasnost" nicht immer die der KPdSU seien und auch nicht von allen Lesern geteilt würden, allerdings richte sich das "Sputnik-Verbot" indirekt gegen die gesamte Sowjetpresse).
- Die Maßnahme wird als Entmündigung der DDR-Bürger aufgefaßt, man sehe darin eine Beschränkung der sozialistischen Demokratie. (Die meisten DDR-Bürger seien durch das sozialistische Schul- und Ausbildungssystem gegangen und politisch gebildet; gegnerische Einflüsse (Westmedien) werden staatlicherseits unterstützt, indem Antennenanlagen in Neubaugebieten errichtet werden, die den möglichst störungsfreien Empfang westlicher Sender ermöglichen. Demgegenüber stehe das Mißtrauen zu eigenen Meinungsbildungen der Bürger gegenüber der Medienpolitik aus Freundesland).
- Anstelle von Verboten wird die Polemik und der kulturvolle Meinungsstreit gefordert.
- Diese Entscheidung sei ein Willkürakt. Die sich dazu das Recht anmaßen, seien nicht durch das Volk der DDR autorisiert. Man könne nicht im Namen der Bürger der DDR sprechen, wenn man deren Meinung nicht kennt.
- Einige Eingabenverfasser sehen in den getroffenen Entscheidungen eine "gefährliche Tendenz" in der DDR-Politik.
- Die meisten Absender von Eingaben sehen in den Verboten sowie die kommentarlose Herausnahme von Filmen aus dem Kinoprogramm der DDR einen Angriff auf die Deutsch-Sowjetische Freundschaft.

Signatur: BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, Bl. 63-66

Blatt 65

Reaktionen von Mitgliedern der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)



Signatur: BArch, MfS, HA XX AKG, Nr. 1485, BL 63-66

Blatt 66